

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Neuss 19. Juni 2010

AntragstellerIn: **Sven Lehmann**

TO-Gegenstand: **Wahl Landesvorstand**
- Bewerbung Landesvorsitzender



Antrags-Nr.:

W-LV-4

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Grüne in NRW,

fast eine Million Menschen in Nordrhein-Westfalen haben uns bei der Landtagswahl ihre Stimme gegeben. Fast eine Million Menschen in NRW setzen Hoffnung in uns, dass wir ihre Anliegen politisch und gesellschaftlich durchsetzen.

Ich bewerbe mich als Euer Landesvorsitzender, um mehr Verantwortung zu übernehmen: Verantwortung dafür, dass wir Grüne auch in Zukunft programmatisch die Antreiber der politischen Republik sind, dass wir kampagnenfähig und kreativ unsere Ideen auf die Straße, ins Internet und in die Köpfe der Menschen bringen und dass wir uns als Partei weiterentwickeln und die vielfältigen Potenziale unserer Mitglieder nutzen!



NRW will den Politikwechsel!

Wir Grüne gehen gestärkt aus der Landtagswahl hervor. Auch wenn noch immer offen ist, wie die neue Landesregierung aussehen wird: Schwarz-Gelb und Jürgen Rüttgers sind für ihre miserable Bilanz der letzten Jahre krachend abgewählt worden. Die Wahl hat gezeigt, dass NRW den Politikwechsel will. Der große Zuspruch zu unserem klar inhaltlichen Kurs und unserer Absage an ein Regieren-um-jeden-Preis ist das Fundament, auf dem wir aufbauen werden. Uns geht es auch in Zukunft um einen tief greifenden Politikwechsel, der Nordrhein-Westfalen ökologisch und sozial umbaut und damit zukunftsfähig und gerechter macht.

Im parlamentarischen Fünf-Parteiensystem müssen wir uns als emanzipatorische Kraft der linken Mitte etablieren, die einen ökosozialen Umbau unserer Industriegesellschaft mit der Verteidigung individueller Freiheit und der Verantwortung für die nächsten Generationen zusammenbringt: als Partei des gesellschaftlichen Aufbruchs!

Wir sind eine starke parlamentarische und gesellschaftliche Kraft!

Mit unserer neuen, gestärkten Landtagsfraktion und den starken Fraktionen in den Kommunalvertretungen werden wir genau die Ideen, für die wir im Wahlkampf geworben haben, in die Parlamente tragen – selbstbewusst und eigenständig. Wir werden aber nicht nur parlamentarisch, sondern vor allem auch gesellschaftlich aktiv bleiben.

Die Versäumnisse der Regierungen in Deutschland und weltweit bei der Bekämpfung des Klimawandels verlangen von uns auch weiterhin, radikal für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen einzutreten: in den Kommunen, auf der Straße und in vielfältigen gesellschaftlichen Bündnissen. Unternehmen wie RWE und E.ON, die auf Kosten unserer Erde wirtschaften, werden auf einen wachsenden gesellschaftlichen Widerstand stoßen. Wir Grüne müssen diesen Widerstand durch Kampagnen, Boykott-Aufrufe und kreative Aktionen initiieren und unterstützen!

Unsere Antwort auf die großen Krisen dieser Zeit – Klimakrise, Wirtschafts- und Finanzkrise und Gerechtigkeitskrise – ist der „Green New Deal“. Der Ansatz kann viele Menschen überzeugen – wenn wir ihn noch bekannter machen und regional konkretisieren. Ich möchte darauf aufbauen und weiter denken: Wie schaffen wir „gute“ Arbeit und Ausbildung, die nicht nur gerecht entlohnt wird, sondern die auch in den nächsten Krisen Zukunft hat? Wie verteidigen wir unsere Errungenschaften beim Umstieg auf „saubere“ Energie und erreichen unser Ziel: 100 Prozent Verstromung aus Erneuerbaren Energien? Wie fördern wir einen gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt, der nicht dem Profit und dem Wachstumsfetisch, sondern den Menschen dient? Diese Debatten stehen an und ich möchte sie gemeinsam mit Euch weiter nach vorne bringen!

Wir sind die Partei der Gerechtigkeit und Teilhabe für Alle!

Denn in Zeiten drohender Staatsbankrotte, unsicherer Währungen und sinkender Staatseinnahmen werden die Aposteln der Privat-vor-Staat-Ideologie nicht müde, die sozialen Errungenschaften unserer Demokratie anzugreifen. Wir Grüne als Partei der sozialen Gerechtigkeit werden auch hier Widerstand leisten – und durch eigene Ideen die Zukunft der sozialen Sicherung im 21. Jahrhundert gestalten. Denn wir Grüne definieren Gerechtigkeit breit: nicht nur als Verteilungsgerechtigkeit, sondern als Teilhabegerechtigkeit zu allen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeit, Gesundheit und Kultur. Daran werden wir uns orientieren, wenn wir neue Modelle der Teilhabe für Alle entwickeln.

Die Debatte um unseren Sozialstaat nach dem faktischen Scheitern der Hartz-Gesetze hat innerhalb unserer Partei einen spannenden Diskurs ausgelöst und viele Veranstaltungen und Kongresse gefüllt. Ich möchte diese Debatte auch im Landesverband wieder aufgreifen und auf Eure Initiativen und Ideen bauen. Im Kern müssen wir die Frage beantworten, wie wir soziale Teilhabe auch von Lohnarbeit entkoppelt garantieren, wie wir die Transformation der Arbeitsgesellschaft für unsere Ziele nutzen und wie wir dabei Freiheit und Kreativität fördern können.

Teilhabeerechtigkeit bedeutet für mich vor allem der Zugang zu Bildung für Alle und die Anwaltschaft für die Rechte von Kindern und Jugendlichen. Bildung muss wieder ein Grundrecht werden, das für alle kostenfrei zur Verfügung steht. Die Zustimmung der WählerInnen zu unseren Ideen für qualitativ hochwertige Kitas, starke und vor Ort verwurzelten Gemeinschaftsschulen und eigenständige Hochschulen ohne Campus-Maut zeigt, dass wir mittlerweile als Bildungspartei anerkannt sind. An der Umsetzung unserer Ideen müssen wir weiter arbeiten.

Wir sind die Partei der gesellschaftlichen Vielfalt!

Außerdem vertritt keine Partei so glaubwürdig wie wir Grünen die Anerkennung und Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt. Wir wollen nicht, dass Politik Lebensentwürfe normiert und vorgibt, sondern die real existierende Vielfalt fördert. Deswegen treten wir für gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten, für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender, für Menschen mit und ohne Behinderung ein. Deswegen wollen wir das Recht auf Inklusion in Bildungswesen durchsetzen. Eine Gesellschaft, die nicht auf ihre Vielfältigkeit baut und diese nutzt, beraubt sich selber ihrer Lebensquellen.

Ein besonderes Anliegen ist mir dabei die Familienpolitik. Wir haben im Landesverband in den letzten Jahren interessante Debatten um die Vielfalt der Familienformen und Lebensentwürfe geführt und die Einführung eines „Familienvertrages“ als neues Rechtsinstitut für „alternative“ Familienformen beschlossen. Bis zu dessen Einführung bedarf es noch einiger Diskussionen und Überzeugungsarbeit in der gesamten Partei – NRW sollte hier auch bundespolitisch Akzente setzen.

Wir verteidigen Europa – und bringen es nach vorne!

Bringt die Krise der europäischen Währungsunion mehr europäische Solidarität oder den Rückfall in nationale Egoismen? Die Antwort der Bundesregierung ist ernüchternd: Sie hat die europäische Solidarität auf dem Altar des Wahlkampfes und der populistischen Stimmungsmache geopfert. Wir Grüne als Partei der internationalen Solidarität sind jetzt mehr denn je gefragt: als Verteidiger der europäischen Integration und als die politische Kraft, die Europa besser machen will: durch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung, gemeinsame soziale Standards, starke Regionen, ein demokratisch verfasstes Fundament und mehr Transparenz in den Verfahren. Wir wollen – gerade jetzt – mehr Europa und nicht weniger! Das gilt auch für unsere Partei. Nicht nur alle fünf Jahre vor den Wahlen des Europäischen Parlamentes, sondern dauerhaft muss Europa in unserer Programmdebatte und durch grenzüberschreitende Kooperationen mitgedacht werden. Ich möchte mich für eine Europäisierung unserer Landessatzung einsetzen, die unseren Mitgliedern in NRW eine größere Mitsprache in den europäischen Strukturen unserer Partei ermöglicht.

Die Grüne Denkfabrik arbeitet weiter! – erneuerbar, offen, kontrovers!

Wir Grüne sind immer dann stark, wenn wir gesellschaftliche Debatte anstoßen und diese offen und transparent führen. Ich habe dies kürzlich mit einem Manifest zur Rolle der Männer in der Gleichberechtigungspolitik versucht (www.maennermanifest.de), das medial eine breite Resonanz gefunden hat. Es wird eine wichtige Aufgabe des nächsten Landesvorstandes sein, solche Debatten zu organisieren und vor allem zuzulassen. Denn vielfältige Ideen und inhaltliche Kompetenz gibt es bereits in unserer Partei und unserem gesellschaftlichen Umfeld zuhauf. Sie werden nicht von oben verordnet, sondern sollen von unten wachsen können. Deswegen müssen wir weiter breite gesellschaftliche Bündnisse knüpfen – mit Verbänden und Gewerkschaften, Interessensgruppen und WissenschaftlerInnen. Die Einführung eines „Zukunftsrates“ für den Landesverband mit externem Sachverstand könnte die Programmdebatte innerhalb der Grünen zusätzlich beleben!

All diese Anliegen sollten nicht nur durch den Landesvorstand, sondern müssen durch die ganze Partei entwickelt werden. Deswegen brauchen wir einen neuen Aufbruch auch für unsere parteiinterne Debatten und unsere Entscheidungsprozesse. Jeder Beschluss, den wir fassen, soll transparent nachvollziehbar entstehen. Wir Grüne leben von einer lebendigen Debattenkultur – ohne Denkverbote, dafür mit Mut zur Kontroverse und im gegenseitigen Respekt vor der anderen Meinung.

Dafür brauchen wir eine starke, unabhängige Partei. Die mittlerweile über 11.000 Mitglieder in unserem Landesverband sollen immer wieder wissen, dass sie die richtige Entscheidung getroffen haben: dass sie Mitglied einer Denkfabrik sind, einer Debattenpartei, die nie aufgibt, gesellschaftliche Avantgarde sein zu wollen. Der neue Landesvorstand sollte mit den Kreisverbänden zusammen neue Formen der Parteilarbeit diskutieren und entwickeln: in einer Kultur, die Neue willkommen heißt, ihnen die Möglichkeit zur Mitsprache garantiert und damit innovativ und zukunftsfähig bleibt. Diesen Prozess möchte ich mit Euch gestalten!

Ich bitte um Eure Unterstützung für diesen Weg und freue mich auf spannende Debatte vor, auf und nach der LDK!

Herzliche Grüne Grüße –
Sven.

- PERSÖNLICHES -

Politisches

- 30 Jahre alt – genau wie unsere Partei
- Mitglied seit 1999
- 1999 – 2002 Kommunalpolitik in Troisdorf (Rhein-Sieg-Kreis)
- seit 2003 wohnhaft in Köln

- 2002 – 2005 Sprecher der Grünen Jugend NRW
- 2006/07 Landesvorstand der JEF (Junge Europäische Föderalisten)
- seit 2006 Mitglied (ehrenamtlich) im Partei-Landesvorstand
- Themenschwerpunkte: Kinder, Jugend und Familien; Bildung; Soziale Teilhabe; Geschlechtergerechtigkeit; Europa
- Innerparteiliche Demokratie, Nachwuchsförderung, Strukturentwicklung
- Mitglied im Kuratorium der Stiftung Leuchttfeuer zur Förderung von Bildung und Erziehung
- Mitglied bei amnesty international, Mehr Demokratie e.V., LSVD, JEF und bei der Heinrich-Böll-Stiftung
- Gründungsmitglied des Institut Solidarische Moderne e.V.

Berufliches

- Studium Politikwissenschaften, Romanistik und Pädagogik in Deutschland und Frankreich
- Abschluss: Magister Artium (M.A.)
- 2004 – 2007: Mitarbeiter in verschiedenen parlamentarischen Projekten (Landtag NRW und Deutscher Bundestag)
- seit 2007 Angestellter beim Landschaftsverband Rheinland (LVR)
- zurzeit Koordinator Personalentwicklung & Betriebliches Gesundheitsmanagement
- im Falle der Wahl mit Rückkehrrecht beurlaubt

Kontakt

Mail: lehmann@gruene-nrw.de
Twitter: svenlehmann
Website: www.sven-lehmann.eu